

Verwaltungsbericht der Finanzdirektion des Kantons Bern

Autor(en): **Scheurer / Moser**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1917)**

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-416894>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Verwaltungsbericht

der

Finanzdirektion des Kantons Bern

für

das Jahr 1917.

Direktor: Regierungsrat **Scheurer.**
Stellvertreter: Regierungsrat Dr. **Moser.**

A. Gesetzgebung.

Die grossrätliche Kommission, die mit der Beratung der von der sozialdemokratischen Partei eingereichten Initiative für ein Steuergesetz beauftragt worden ist, hat im Berichtsjahr den Entwurf eines neuen Gesetzes fertiggestellt. Dieser Entwurf wurde von der freisinnig-demokratischen und der sozialdemokratischen Partei zum Gegenstand einer neuen Initiative gemacht, für die seit Ende Juli Unterschriften gesammelt werden. Die Frist für deren Einreichung läuft im Januar 1918 ab.

Der Gesetzesentwurf betreffend Erhebung einer Wertzuwachssteuer ist dem Grossen Rate vorgelegt worden. Nachdem Eintreten beschlossen und ein Teil der Vorlage durchberaten worden war, wurde sie an den Regierungsrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, eine Umarbeitung in dem Sinne vorzunehmen, dass die Steuer nur in denjenigen Gemeinden erhoben werden soll, die das ausdrücklich beschliessen. Die Arbeit wurde sofort in Angriff genommen; der neue Entwurf wird aber erst im Jahre 1918 der Kommission und dem Grossen Rate vorgelegt werden können.

Der Entwurf zu einem neuen Erbschaftssteuergesetz wurde dem Grossen Rate vorgelegt, welcher zu dessen Behandlung eine Kommission einsetzte. Letztere hat die Vorberatung anhand genommen; zur Verhandlung im Grossen Rate ist der Gegenstand im Berichtsjahre noch nicht gekommen.

Der Gesetzesentwurf betreffend vorübergehende Erhöhung des Salzpreises ist vom Grossen Rate in zweimaliger Lesung festgestellt worden; er wird im Jahre 1918 der Volksabstimmung unterstellt werden können. Die mittlerweile weiter eingetretenen Erhöhungen im Ankaufspreise, den Frachten usw. lassen die vorgeschlagene Erhöhung des Verkaufspreises mehr als gerechtfertigt erscheinen.

In Ersetzung des Dekrets vom 6. November 1916 hat der Grosse Rat durch Dekret vom 30. Mai die Kriegsteuerzulagen an das Personal der Staatsverwaltung und die Lehrerschaft im Sinne einer bedeutenden Erhöhung neu geordnet. Durch Beschluss vom 2. November erfolgte neuerdings eine bedeutende Erhöhung und Erweiterung der Ansätze und des Kreises der Bezugsberechtigten. In der Hauptsache konnten die erhöhten Zulagen noch im Berichtsjahre zur Ausrichtung gelangen.

Durch Grossratsbeschluss vom 2. November wurde ferner die Nachvergütung der vom 1. August 1914 bis Ende 1915 sistiert gewesenen Alterszulagen verfügt. Auch dieser Beschluss konnte zur Hauptsache noch bis Ende des Jahres ausgeführt werden.

Die Motion Schürch und Mitunterzeichner betreffend Besoldungsreform wurde vom Grossen Rate unterm 23. Mai gutgeheissen. Am gleichen Tage gelangte auch die Motion Koch und Mitunterzeichner betreffend teil-

weise Befreiung der festen Nebenbezüge des Transportpersonals von der Einkommenssteuer zur Annahme.

Durch Grossratsbeschluss vom 21. Mai wurde, entsprechend dem neuen Bankgesetz, das Grundkapital der Kantonalbank mit Wirksamkeit ab 30. Juni von 20 auf 30 Millionen Franken erhöht. Diese Erhöhung wurde in der Weise bewerkstelligt, dass derjenige Teil des Anleihens von 1911, der seinerzeit der Kantonalbank zur Verfügung gestellt und von ihr verzinst worden war (d. h. 10 Millionen Franken), vom Staate übernommen wurde, dass der Staat aber der Kantonalbank einen gleich hohen Betrag zur Vermehrung des Grundkapitals zur Verfügung stellte.

Unterm 6. November beschloss der Grosse Rat für die Hypothekarkasse gleichfalls eine Erhöhung des Stammkapitals von 20 auf 30 Millionen Franken, die in analoger Weise zur Durchführung gelangte wie bei der Kantonalbank. Die Operation erfolgte auf Jahresschluss.

Im Auftrage des Regierungsrates und auf Begehren der Staatswirtschaftskommission, dem der Grosse Rat zustimmte, hat die Finanzdirektion einen Bericht über die Finanzlage des Kantons ausgearbeitet. Er wurde im Laufe des Herbstes dem Regierungsrat unterbreitet und wird zu Anfang des Jahres 1918 dem Grossen Rat übergeben werden.

B. Verwaltung.

I. Direktionsbureau.

Der Personalbestand hat sich nicht verändert.

Die Geschäftskontrollen weisen folgende Zahlen auf: Steuerwesen 4197 gegen 4110 im Jahre 1916; Zunahme somit 87; Domänengeschäfte, Salzhandel, Mitberichte etc. 2060 gegen 1769 im Vorjahre; Zunahme also 291. Die Totalnummernzahl beträgt 6257

gegen 5879 in 1916; Totalzunahme 378. Besondere Bemerkungen haben wir nicht zu machen.

An Bezugs- und Zahlungsanweisungen wurden im Berichtsjahre vom Finanzdirektor unterzeichnet und auf der Direktion kontrolliert 8152, also 506 mehr als in 1916.

II. Kantonsbuchhalterei.

Personal.

Albert Brönnimann, Revisor der Kantonsbuchhalterei, und die Amtsschaffner *Hans Kurt* in Biel, *G. Stooss* in Laufen, *Fr. Wenger* in Nidau, *Fritz Matti* in Blankenburg, *Fr. Thönen* in Wimmis und *K. Jordi* in Herzogenbuchsee wurden für eine neue Amtsdauer wieder gewählt.

Visa und Rechnungsführung.

Dem Visa der Kantonsbuchhalterei unterlagen im Jahre 1917 65,426 Anweisungen. Davon betreffen 44,877 die laufende Verwaltung, 20,549 die übrigen Verwaltungszweige. Die Bezugsanweisungen ergaben eine Totalsumme von Fr. 253,921,156.34, die Zahlungsanweisungen eine solche von Fr. 254,561,508.40. Von den Bezugsanweisungen lauteten Fr. 37,411,359.49, von den Zahlungsanweisungen Fr. 38,051,711.55 auf die Amtsschaffnereien und je Fr. 216,509,796.85 Zahlungsanweisungen sowie Bezugsanweisungen auf die Gegenrechnungskasse (für Zahlungen Dritter an Dritte für Rechnung der Staatskasse und gegenseitige Abrechnungen zwischen den verschiedenen Abteilungen der Staatsverwaltung).

Zu Anständen führten nur wenige Anweisungen, und es wurden erstere ohne Weiterzug erledigt.

Die Rechnungsführung der zentralen Verwaltungen gibt zu Bemerkungen nicht Anlass. Ebenso war die Rechnungsführung der Spezialverwaltungen und der Amtsschaffnereien im allgemeinen befriedigend. Zu wünschen übrig lässt da und dort immer noch die Liquidation der Ausstände.

Allgemeine Kassen.

Die Abrechnung über die Liquidation der Ausstände der Amtsschaffnereien ist folgende:

Aktivausstände (Bezugsanweisungen).

Unerledigt am 1. Januar 1917	Fr. 5,980,978.55
Neue Bezugsanweisungen in 1917	" 37,411,359.49
Einnahmen für Rechnung von 1918	" 230. —
Zusammen	Fr. 43,392,568.04
Liquidiert durch Einnahmen in 1916 für 1917	Fr. 438.97
Liquidiert durch Einnahmen in 1917	" 37,465,465.13
Unerledigt am 31. Dezember 1917	" 5,926,663.94
Zusammen, wie oben	Fr. 43,392,568.04

Passivausstände (Zahlungsanweisungen).

Unerledigt am 1. Januar 1917 . . .	Fr. 1,035,540. 39
Neue Zahlungsanweisungen in 1917 . . .	„ 38,051,711. 55
Ausgaben für Rechnung von 1918 . . .	„ 70,410. 41
Zusammen	Fr. 39,157,662. 35
Ausgaben in 1916 für 1917 . . .	Fr. 101,544. 26
Ausgaben in 1917 . . .	„ 38,219,773. 23
Unerledigt am 31. Dezember 1917 . . .	„ 836,344. 86
Zusammen, wie oben	Fr. 39,157,662. 35

Ausser auf die Amtsschaffnereien wurden Zahlungsanweisungen abgegeben auf die Kantonalbank und ihre Filialen für Fr. 10,310,134. 28 und im Postcheckverkehr ausbezahlt Fr. 14,273,506. 10. Dieser Verkehr erfuhr in 1917 eine abermalige Zunahme.

Sämtliche Amtsschaffnereikassen sind im Rechnungsjahre revidiert worden. In der Hauptsache wurde gute Ordnung in der Kassaführung konstatiert.

Gegen den Amtsschaffner A. Ruetsch in Laufen, der sich trotz Mahnungen in der Liquidation der Forderungen säumig zeigte, sah sich der Regierungsrat genötigt, in Gemässheit von § 14 des Dekretes über die Verwaltung, die Kassaführung und die Kontrolle im Staatshaushalte vom 31. Oktober 1873 die rückständigen Geschäfte durch einen Revisor der Kantonsbuchhalterei besorgen zu lassen. Hierbei kamen Unregelmässigkeiten des Amtsschaffners zum Vorschein, die zu seiner Verhaftung führten. Die Erledigung des Falles fällt in das Jahr 1918.

Bücheruntersuchungen.

Im Jahre 1917 wurden von dem damit betrauten Inspektor und seinem Adjunkten 410 Bücheruntersuchungen in Steuerrekursfällen vorgenommen. Sodann fanden 296 Steuerrekurse, in welchen Bücheruntersuchungen angeordnet waren, ihre Erledigung durch Rückzug der Rekurse. Ausserdem wurden in 1917 erledigt: 31 Kriegssteuerrekurse und 19 Militärsteuerrekurse.

Betriebskapital der Staatskasse.

Das Betriebskapital der Staatskasse weist folgenden Verkehr auf:

Vermehrungen.

(Neue Guthaben und Abzahlung von Schulden.)

<i>Spezialverwaltungen</i> , Kontokorrente	Fr. 60,884,287. 55
Geldanlagen:	
Kantonalbank, Depot	„ 61,388,379. 97
Hypothekarkasse, Kontokorrent	„ 12,622,267. 07
Wertschriften, Ankauf und Kursgewinn	„ 1,057,239. 75
<i>Laufende Verwaltung</i> , Kontokorrent, neuer Vorschuss	„ 2,071,516. 13
Übertrag	Fr. 138,023,690. 47

Übertrag Fr. 138,023,690. 47

<i>Öffentliche Unternehmungen</i> , Kontokorrente	„ 3,453,928. 16
<i>Depots (Hinterlagen) bei der Staatskasse</i> , Kontokorrente	„ 12,009,313. 02
<i>Anleihen</i> , Übertragung	„ 90,000. —
<i>Kassen und Gegenrechnung</i> , Einnahmen	„ 253,975,261. 98
<i>Aktivausstände</i> , neue Forderungen	„ 253,921,156. 34
<i>Passivausstände</i> , Ausgaben	„ 254,729,570. 08
Summe der Vermehrungen	Fr. 916,202,920. 05

Verminderungen.

(Eingang von Guthaben und neue Schulden.)

<i>Spezialverwaltungen</i> , Kontokorrente	Fr. 60,508,394. 53
Geldanlagen:	
Kantonalbank, Depot	„ 63,933,337. —
Hypothekarkasse, Kontokorrent	„ 11,921,766. 83
Wertschriften, Rückzahlung	„ 9,850. —
<i>Laufende Verwaltung</i> , Kontokorrent, Amortisation	„ 1,000,000. —
<i>Öffentliche Unternehmungen</i> , Kontokorrente	„ 3,906,728. 92
<i>Depots (Hinterlagen) bei der Staatskasse</i> , Kontokorrente	„ 11,656,502. 31
<i>Kassen und Gegenrechnung</i> , Ausgaben	„ 254,729,570. 08
<i>Aktivausstände</i> , Eingänge	„ 253,975,261. 98
<i>Passivausstände</i> , Zahlungsanweisungen	„ 254,561,508. 40
Summe der Verminderungen	Fr. 916,202,920. 05

Vermehrungen und Verminderungen sind gleich gross, und es ist das reine Betriebskapital unverändert geblieben. Es beträgt Fr. 141,368. 04 und setzt sich folgendermassen zusammen:

Aktiven.**Vorschüsse:**

Eisenbahnsubventionen, Projektstudien etc.	Fr. 5,402,117. 60
Berner Alpenbahngesellschaft, Zinsengarantie	„ 4,859,744. 63
Erweiterung der Irrenpflege	„ 2,353,207. 43
Spezialverwaltungen	„ 7,394,145. 23
Öffentliche Unternehmen	„ 4,746,304. 90
Geldanlagen:	
Kantonalbank	„ 4,109,955. 83
Wertschriften	„ 24,487,703. —
<i>Laufende Verwaltung</i> , Kontokorrent	„ 5,034,216. 53
<i>Kassen</i> , Aktivsaldi	„ 354,706. 11
<i>Aktivausstände</i>	„ 5,926,663. 94
<i>Zahlungen für Rechnung von 1918</i>	„ 70,410. 41
Summe der Aktiven	Fr. 64,739,175. 61

Passiven.

<i>Spezialverwaltungen</i>	Fr. 8,761,339. 96
<i>Hypothekarkasse, Kontokorrent</i>	„ 799,766. 20
<i>Öffentliche Unternehmen</i>	„ 151,588. 60
<i>Verschiedene Depots</i>	„ 1,451,610. 68
<i>Anleihen</i>	„ 52,124,080. —
<i>Kassen, Passivsaldi</i>	„ 472,847. 27
<i>Passivausstände</i>	„ 836,344. 86
<i>Einnahmen für Rechnung von 1918</i>	„ 230. —
Summe der Passiven	Fr. 64,597,807. 57
<i>Reines Betriebskapital, wie oben</i>	Fr. 141,368. 04

Die Aktiven wie die Passiven haben sich je um Fr. 1,083,775. 25 vermindert.

An neuen Eisenbahnsubventionen wurden Franken 760,032. 62 ausbezahlt und der Berner Alpenbahngesellschaft auf Rechnung der Zinsengarantie inkl. Zinsen fernere Fr. 1,217,558. 60 zur Verfügung gestellt. Der Vorschuss für Erweiterung der Irrenpflege verminderte sich um Fr. 28,677. 82. Von den Geldanlagen nahm das Depot bei der Kantonalbank um Fr. 2,544,957. 03 ab, der Bestand der Wertschriften dagegen durch Ankäufe um Fr. 1,047,389. 75 zu. Die Schuld der laufenden Verwaltung stieg infolge des Ausgabenüberschusses derselben um Fr. 2,071,516. 13, reduzierte sich aber durch Abschreibungen von je Fr. 500,000 aus den Anteilen an den Erträgen der Kriegsteuer und der Kriegsgewinnsteuer um Franken 1,000,000. Auf 31. Dezember 1917 beläuft sich die Schuld auf Fr. 5,034,216. 53. Auf den Vorschüssen an öffentliche Unternehmen sind Fr. 642,234. 97 amortisiert worden.

Strafvollzug.

Der Bezug der Bussen und Kostenrückerstattungen und Gebühren in Strafsachen ist unter Aufsicht der Kantonsbuchhaltereien den Amtsschaffnern übertragen. Die Hauptergebnisse dieses Teiles des Strafvollzuges sind folgende:

a. Bussen.

Unvollzogene Bussen am 1. Oktober 1916	Fr. 67,753. 05
Neue Bussen vom 1. Oktober 1916 bis 30. September 1917	„ 220,051. 60
Zusammen	Fr. 287,804. 65
Eingegangene Bussen	Fr. 191,728. 20
Umgewandelte und verjährte Bussen	„ 26,836. 50
Unvollzogene Bussen am 30. September 1917	„ 69,239. 95
Zusammen, wie oben	Fr. 287,804. 65

b. Kostenrückerstattungen und Gebühren.

Ausstände am 1. Oktober 1916	Fr. 97,767. 68
Neue Forderungen durch Strafurteile vom 1. Oktober 1916 bis 30. September 1917	„ 347,980. 02
Zusammen	Fr. 445,747. 70

Eingegangen	Fr. 141,161. 32
Unerhältlich geworden	„ 187,918. 63
Unerledigt am 30. September 1917	„ 116,667. 75
Zusammen, wie oben	Fr. 445,747. 70

Staatsrechnung.

In betreff der Ergebnisse der Staatsrechnung wird auf diese selbst und den zugehörigen Bericht verwiesen. Hier mögen folgende summarische Ergebnisse Platz finden:

A. Reines Staatsvermögen.

Am 1. Januar 1917 betrug das reine Staatsvermögen	Fr. 62,253,341. —
am 31. Dezember 1917 beträgt es	„ 61,703,895. 62
Verminderung	Fr. 549,445. 38

die sich aus folgenden Veränderungen zusammensetzt:

Vermehrungen.

Mehrerlös verkaufter Waldungen	Fr. 2,090. —
Mehrerlös verkaufter Domänen	„ 16,240. 50
Schatzungserhöhungen von Waldungen	„ 10,020. —
Schatzungserhöhungen von Domänen	„ 428,160. —
Bundesbeiträge für Ankauf von Aufforstungsareal	„ 17,334. —
Verkauf von Rechten	„ 1,820. —
Rückzahlung auf Anleihen	„ 1,033,500. —
Abschreibung am Rechnungssaldo der laufenden Verwaltung	„ 1,000,000. —
Vermehrung des Verwaltungsinventars	„ 145,642. 75
Summe der Vermehrungen	Fr. 2,654,807. 25

Verminderungen.

Mehrausgaben der laufenden Verwaltung	Fr. 2,071,516. 13
Mehrkosten angekaufter Waldungen	„ 36,032. 50
Mehrkosten angekaufter Domänen	„ 63,204. —
Einlage in den Eisenbahnamortisationsfonds	„ 1,033,500. —
Summe der Verminderungen	Fr. 3,204,252. 63
Reine Verminderung, wie oben	Fr. 549,445. 38

Laufende Verwaltung.

Die Rechnung der laufenden Verwaltung schliesst wie folgt ab:

<i>Einnahmen</i>	Fr. 83,895,211. 80
<i>Ausgaben</i>	„ 85,966,727. 93
Ausgabenüberschuss	Fr. 2,071,516. 13

oder wenn nur die reinen Einnahmen und Ausgaben in Betracht gezogen werden:

<i>Einnahmen</i>	Fr. 27,779,989. 98
<i>Ausgaben</i>	„ 29,851,506. 11

Ausgabenüberschuss Fr. 2,071,516. 13

Veranschlagt waren die <i>Einnahmen</i> zu	Fr. 21,568,228. —
die <i>Ausgaben</i> zu	„ 27,491,460. —

so dass der Voranschlag mit einem *Ausgabenüberschuss* abschloss von Fr. 5,923,232. —

Die <i>Einnahmen</i> übersteigen nun den Voranschlag um	Fr. 6,211,761. 98
und die <i>Ausgaben</i> gehen darüber hinaus um	„ 2,360,046. 11

das *Rechnungsergebnis* ist mithin *günstiger* als der Voranschlag um Fr. 3,851,715. 87

An den Mehreinnahmen sind hauptsächlich folgende Rubriken beteiligt:

Direkte Steuern	Fr. 2,973,082. 75
Gebühren	„ 929,157. 97
Militärsteuer	„ 691,208. 74
Staatskasse	„ 371,929. 87
Erbschafts- und Schenkungssteuer	„ 321,186. 93
Stempelsteuer	„ 285,660. 55
Kantonalbank	„ 250,000. —
Anteil am Ertrage des Alkoholmonopols	„ 151,144. —
Staatswaldungen	„ 111,644. 05
Hypothekarkasse	„ 102,755. 37

Der Ertrag der Salzhandlung blieb um 93,499. 05 Franken hinter dem Voranschlage.

Mehrausgaben weisen folgende Rubriken auf:

Unvorhergesehenes	Fr. 1,356,994. 69
Militär	„ 460,868. 74
Armenwesen	„ 324,871. 11
Anleihen	„ 197,334. 80
Gesundheitswesen	„ 169,616. 91
Bauwesen	„ 105,701. 95
Domänenkasse	„ 25,445. 60
Allgemeine Verwaltung	„ 12,877. 73
Volkswirtschaft	„ 12,421. 31
Finanzwesen	„ 10,023. 45
Unterrichtswesen	„ 8,755. 23
Forstwesen	„ 3,131. 52
Gemeindewesen	„ 834. 90

Zusammen Fr. 2,688,877. 94

Auf den übrigen Ausgabenrubriken bestehen Ersparnisse von insgesamt Fr. 328,831. 83.

Der Voranschlag hatte für Kriegsteuerzuschlägen einen Kredit von Fr. 300,000 vorgesehen, während sie Fr. 1,339,969. 60 erfordert haben. Dazu kommen noch sistiert gewesene Dienstalterszuschlägen mit Fr. 91,997. 95 und die Kosten des kantonalen Lebensmittelamtes mit Fr. 306,096. 32, für welche beide Ausgaben keine Kredite vorhanden waren. Allein durch diese drei Posten ist die Rechnung gegenüber dem Voranschlage insgesamt mit Fr. 1,438,063. 87 mehr belastet worden. Ohne diese ausserordentliche Mehrbelastung hätte der Ausgabenüberschuss Fr. 633,452. 26 betragen.

B. Vermögensbestandteile.

Das reine Staatsvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

Aktiven.

<i>Waldungen</i>	Fr. 16,640,470. —
<i>Domänen</i>	„ 35,327,946. 80
<i>Domänenkasse</i>	„ 367,541. 27
<i>Hypothekarkasse</i>	„ 20,000,000. —
<i>Kantonalbank</i>	„ 30,000,000. —
<i>Eisenbahnkapitalien</i> (Subventionen):	
Stammvermögen	„ 41,914,960. —
Betriebsvermögen	„ 5,402,117. 60
<i>Staatskasse</i>	„ 59,337,058. 01
<i>Mobilien-Inventar</i>	„ 6,304,051. 75

Summe der Aktiven Fr. 215,294,145. 43

Passiven.

<i>Domänenkasse</i>	Fr. 2,169,705. 71
<i>Anleihen</i> :	
Stammvermögen	„ 75,837,420. —
Staatskasse	„ 52,124,080. —
<i>Eisenbahnamortisationsfonds</i>	„ 5,951,100. —
<i>Staatskasse</i>	„ 12,473,727. 57
<i>Rechnungssaldo der laufenden Verwaltung</i>	„ 5,034,216. 53

Summe der Passiven Fr. 153,590,249. 81

Reines Staatsvermögen Fr. 61,703,895. 62

In der Vermögensbilanz figurieren die beiden staatlichen Finanzinstitute nur mehr mit den Stammkapitalien. Früher wurden ihre sämtlichen Aktiven und Passiven in die Staatsrechnung aufgenommen. Von nun an werden sie nur anmerkungsweise darin aufgeführt.

III. Kantonalbank.

Dem vom Bankrate an den Regierungsrat erstatteten Bericht über den Geschäftsverkehr der Kantonalbank für das Jahr 1917 entnehmen wir die Hauptposten der Gewinn- und Verlustrechnung:

Ertrag der Wechsel	Fr. 1,559,418. 76
„ an Zinsen, netto	„ 3,041,186. 20
„ „ Provisionen, Gebühren, Anleihsvermittlungen etc., netto	„ 1,390,187. 54
Eingänge auf Abschreibungen früherer Jahre	„ 26,387. 85
Gewinn auf Wertschriften	„ 158,225. 20
Summa Rohertrag	Fr. 6,175,405. 55

Hiervon gehen ab folgende **Kosten**:

Verwaltungskosten	Fr. 1,789,881. 65
Steuern	„ 333,207. 24
Verluste auf Wechseln	Fr. 13,973. 40
„ „ Darlehen und Hypothekardarlehen	„ 109,666. 40
„ „ Kontokorrenten	„ 144,356. 38
	„ 267,996. 18
Abschreibungen auf:	
Mobiliar	Fr. 50,491. 05
Wertschriften	„ 570,177. 75
Bankgebäude	„ 179,315. 57
Grundeigentum	„ 76,857. 96
Für besondere Kriegsrisiken	„ 1,086,333. 50
	„ 1,963,175. 83
Zuweisung an die Spezialreserve für Forderungen	„ 20,000. —
Summa Kosten	„ 4,374,260. 90
Bleibt Reingewinn	Fr. 1,801,144. 65

welcher gemäss Regierungsratsbeschluss vom 12. Juni 1918 folgendermassen zu verwenden ist:

1. für Verzinsung des Grundkapitals zu 4 % auf Fr. 20,000,000 vom 1. Januar bis 30. Juni und auf Fr. 30,000,000 vom 1. Juli bis 31. Dezember 1917	Fr. 1,000,000. —
2. vom Überschuss von Fr. 801,144. 65 sind 20—40 % dem ordentlichen Reservefonds zuzuweisen; zugewiesen werden	„ 320,000. —
3. der Spezialreserve für Forderungen werden zugewiesen	„ 121,560. 24
4. der Spezialreserve für eventuelle Kursverluste auf Wertschriften werden zugewiesen womit diese auf Fr. 400,000 erhöht wird.	„ 109,584. 41
5. der verbleibende Rest von	„ 250,000. —
wird dem Staate zugewiesen, wodurch sich die Verzinsung des Grundkapitals pro rata temporis auf 5 % erhöht.	
Total Zuwendungen	Fr. 1,801,144. 65

IV. Hypothekarkasse.

Auch hier beschränken wir uns darauf, dem von der Direktion der Anstalt an den Verwaltungsrat erstatteten Jahresbericht für das Jahr 1917 bloss die Hauptposten der Gewinn- und Verlustrechnung zu entnehmen. Für die Mitglieder des Grossen Rates, die sich um Einzelheiten der Rechnung interessieren, hält die Anstalt eine Anzahl des vollständigen Jahresberichtes zur Verfügung.

Ertrag: Aktivzinse: Darlehen auf Hypothek	Fr. 14,977,489. 10
Gemeinde-Darlehen	„ 653,875. 90
Wertschriften	„ 84,447. 90
Korrespondenten	„ 454,393. 62
	Fr. 16,170,206. 52
Ertrag des Bankgebäudes	„ 26,013. 10
Ertrag der Provisionen	„ 31,235. 90
Total Rohertrag	Fr. 16,227,455. 52

		Übertrag	Fr. 16,227,455. 52
Kosten:	Passivzinse:	Verzinsung der festen Anleihen	Fr. 4,417,860. 10
		Kassascheine und Obligationen	" 6,012,088. 85
		Spareinlagen	" 1,478,391. 28
		Kontokorrenti	" 1,390,909. 50
		Korrespondenten	" 15,710. 10
		Reservefonds	" 47,431. —
		Verzinsung des Stammkapitals von Fr. 20,000,000	" 800,000. —
			Fr. 14,162,390. 83
	Provisionen		" 12,935. 97
	Abschreibungen auf Anleihensunkosten	Fr. 155,000. —	
	" " Mobiliar	" 11,477. —	
	" " Wertschriften	" 32,879. 15	
			" 199,356. 15
	Zuweisung an den Reservefonds		" 166,796. —
	Staatssteuern (stellvertretungsweise bezahlte Einkommens-		
	steuer III. Klasse)		" 356,831. 25
	Verwaltungskosten		" 269,389. 95
		Summa Kosten	" 15,167,700. 15
		Bleibt Reinertrag	Fr. 1,059,755. 37
	Im Voranschlag wurden nach Verzinsung des Stammkapitals vorgesehen		" 957,000. —
	Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag		Fr. 102,755. 37
	Gegenüber dem Vorjahre ergibt sich ein Mehrertrag von		Fr. 4,362. 59

V. Steuerverwaltung.

Das Dekret vom 18. November 1914 betreffend Abänderung der Organisation der Finanzverwaltung und der Besoldungen der Adjunkte des Steuerverwalters sieht in § 1 die Möglichkeit der Ernennung eines vierten Adjunkten vor, wenn es die Geschäfte erfordern. An die Stelle des vierten Adjunkten wurde, gestützt auf diese Bestimmung, mit Amtsantritt auf 15. August 1917 gewählt Notar D. Kupferschmid. Zur Bewältigung der Arbeit, welche im Berichtsjahre in einzelnen Abteilungen der Verwaltung ausserordentlich angewachsen ist, musste in erheblichem Umfange Aushilfspersonal verwendet werden.

Im ersten Semester des Berichtsjahres hat die Umarbeitung der Steuergesetzinitiative zu einem neuen Initiativentwurf die Zeit der Verwaltung stark in Anspruch genommen. Mit Bezug auf die eidgenössische Kriegssteuern und Kriegsgewinnsteuer wird auf lit. G und H hiernach verwiesen.

Der Gesamtertrag der direkten Steuern erreichte nach Abzug der Bezugs- und Verwaltungskosten netto Fr. 12,874,213. 75; er übersteigt den Voranschlag um Fr. 2,973,082. 75 und den Ertrag des Vorjahres

um Fr. 1,232,699. 52. Zugenommen haben hauptsächlich die Einkommensteuern, wie aus den Aufstellungen sub lit. A und B hienach hervorgeht.

Vom Bruttoertrag von Fr. 13,181,296. 28 (ohne Steuernachbezüge und ohne Abrechnung der Bezugs- und Verwaltungskosten) entfallen Fr. 10,603,538. 82 auf den alten Kanton, ohne Biel und zwei Gemeinden des Amtes Büren, und Fr. 2,577,757. 46 auf den Jura, inklusive Biel und zwei Gemeinden des Amtes Büren. Der prozentuale Anteil am Bruttoertrag macht 80.44 %/, respektive 19.56 %/ aus.

Auf die Armensteuer entfallen vom Bruttoertrag: im alten Kanton Franken 2,120,707. 75, im Jura Fr. 429,626. 25, zusammen also Fr. 2,550,334.

Das am 9. Dezember 1917 vom Volke angenommene Gesetz über das Gemeindewesen modifiziert in seinen Schluss- und Übergangsbestimmungen die bestehenden Vorschriften über das Steuerdomizil, indem das Erwerbseinkommen am Wohnsitz und nicht mehr am Erwerbsorte zu versteuern ist. Die Anwendung der neuen Vorschriften erfolgt erstmals 1918.

A. Vermögenssteuer.

In seinem Urteile vom 14. Mai 1917 in Sachen der Ersparniskasse Langenthal hat das Verwaltungsgericht in unmissverständlicher Weise zum Ausdruck gebracht, dass das Vermögenssteuergesetz die Pflicht des Gläubigers zur Angabe seiner grundpfändlichen Kapitalien nach dem 25fachen Zinsbetrage schlechtweg statuiere, also eine Deklaration zum Nominalbetrage auch dann unzulässig sei, wenn der Schuldner nur diesen Betrag zum Schuldenabzug anmelde.

1. Grundsteuer.

	Ertrag pro 1917	Ertrag pro 1916
Reinertrag	Fr. 3,449,082. 66	Fr. 3,397,429. 72
Voranschlag pro 1917	„ 3,269,000. —	
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 180,082. 66	
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	Fr. 51,652. 94	

Das rohe Grundsteuerkapital ist von Fr. 2,521,115,990 auf Fr. 2,554,205,670 angestiegen, hat sich also pro Steuerjahr 1917 um Fr. 33,089,680 vermehrt. Der Zuwachs pro 1917 rührt her aus der im Jahre 1916 eingetretenen Vermehrung des Steuerwertes des Grundeigentums. Zum 25fachen Zinsbetrag berechnet, beläuft sich der Betrag der abgezogenen Schulden auf 31. Dezember 1916 auf Fr. 1,157,236,690, und der angemeldeten Schulden, welche die Grundsteuerschätzung übersteigen (Schuldenüberschuss), auf Fr. 66,265,550. Das reine Grundsteuerkapital betrug im alten Kanton Fr. 1,076,703,170, im Jura Fr. 320,265,810, zusammen Fr. 1,396,968,980.

2. Kapitalsteuer.

	Ertrag pro 1917	Ertrag pro 1916
Reinertrag	Fr. 2,295,083. 41	Fr. 2,272,377. 89
Voranschlag pro 1917	„ 2,246,800. —	
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 48,283. 41	
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	Fr. 22,705. 52	

Der Nominalbetrag der pro 1917 nach dem Stande auf 31. Dezember 1916 versteuerten unterpfändlichen Kapitalien war Fr. 817,119,401; der 25fache Zinsbetrag bezifferte sich auf Fr. 923,058,210. Der Durchschnittszinsfuß stieg von 4.47 % pro 1916 auf 4.52 % pro 1917.

3. Grund- und Kapitalsteuer-Nachbezüge.

	Ertrag pro 1917	Ertrag pro 1916
Nachbezüge	Fr. 63,640. 07	Fr. 55,251. 64
Voranschlag pro 1917	„ 20,000. —	
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 43,640. 07	
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	Fr. 8,388. 43	

B. Einkommensteuer.

Im Berichtsjahre sind gegen die Schätzungen der Steuerkommissionen 3902 Rekurse eingereicht worden, wovon gegen 350 als Gesuche behandelt oder in anderer Weise durch die Verwaltungsbehörden erledigt wurden. 1965 Rekurse richteten sich gegen die Einschätzungen der Bezirkssteuerkommission und 1937 gegen diejenigen der Zentralsteuerkommission. Von insgesamt 129,235 Einkommensteuerpflichtigen haben zirka 3 % rekuriert, gegen 2.2 % im Vorjahr.

Beschwerden gegen Entscheide der kantonalen Rekurskommission hat die Steuerverwaltung keine eingereicht.

Von der Zentralsteuerkommission wurden insgesamt 15,092 Voranzeigen versandt. Von den beabsichtigten Neu- und Höhereinschätzungen wurden viele auf die eingelangten Vernehmlassungen hin modifiziert und

1574 wurden fallen gelassen. Die verbleibenden 13,518 Fälle von Schätzungsabänderungen und Neutaxationen verteilen sich auf die Landesteile wie folgt: Oberland 1099, Mittelland 2608, Emmenthal 604, Ob- und Nid- u. Aargau 1352, Seeland 2974, Jura 4881.

Die Zahl der Steuerpflichtigen ist von 117,913 pro 1916 auf 129,235 pro 1917 gestiegen; davon entfallen auf den Jura mit Biel 41,436 und auf den alten Kanton 87,799. Das im Steueretat erscheinende Einkommen erreichte 1917 folgende Beträge: in Klasse I Fr. 171,353,100; in Klasse II Fr. 1,573,300; in Klasse III Fr. 25,170,300. Im Vergleich zum Vorjahre hat es zugenommen: in Klasse I um Franken 31,653,000; in Klasse II um Fr. 103,000; in Klasse III um Fr. 2,932,800.

	Ertrag pro 1917	Ertrag pro 1916
Der Reinertrag ohne Steuernachbezüge belief sich auf	Fr. 7,437,130. 21	Fr. 6,355,805. 91
Veranschlagt waren	„ 4,786,600. —	
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 2,650,530. 21	
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	Fr. 1,081,324. 30	
Ertrag der Steuernachbezüge	Fr. 161,022. 20	Fr. 47,883. 23
Veranschlagt waren	„ 28,000. —	
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 133,022. 20	
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	Fr. 113,138. 97	

An unerhältlichen Steuern und Rückerstattungen wurden mit Inbegriff einer Reservestellung von Fr. 160,000 abgeschrieben Fr. 568,715. 99.

C. Erbschafts- und Schenkungsabgabe.

Der Reinertrag erreicht die Summe von Fr. 762,686. 93. Im Vergleich zum Voranschlage von Fr. 441,500 ergibt sich ein Mehrertrag von Fr. 321,186. 93 und im Vergleich zum Vorjahre ein solcher von Fr. 217,536. 78. Es wurden 677 Erbschaftssteuerfälle liquidiert, gegen 607 pro 1916.

An Gemeindeanteilen gemäss § 6 des Gesetzes vom 4. Mai 1879 betreffend Abänderung des Erbschaftssteuergesetzes vom 26. Mai 1864 wurden an die Gemeinden Fr. 85,987. 11 und seit Bestehen des Gesetzes Fr. 2,169,272. 71 ausbezahlt.

Über Einzelheiten gibt die nachfolgende Tabelle Aufschluss.

Ertrag der Erbschafts- und Schenkungsabgaben, inkl. Bussen und Zinse, im Jahre 1917.

Amtsbezirke	Zahl der Fälle	Rohrertrag		Abzüge				Reinertrag	
				Provision (2 %) Bezugskosten		Ausgerichtete Gemeindeanteile (10 %)			
		Fr.	Rp.	Fr.	Rp.	Fr.	Rp.	Fr.	Rp.
Aarberg	31	24,123	95	485	08	2,406	12	21,232	75
Aarwangen	33	25,421	40	508	37	2,533	99	22,379	04
Bern	109	381,298	29	4,156	22	38,112	26	339,029	81
Biel	17	8,253	80	170	30	825	10	7,258	40
Büren	12	7,674	61	153	41	767	40	6,753	80
Burgdorf	25	14,715	64	294	20	1,466	79	12,954	65
Courtelary	17	6,543	81	130	85	652	08	5,760	88
Delsberg	14	8,924	58	189	78	892	41	7,842	39
Erlach	5	4,346	35	86	89	431	62	3,827	84
Fraubrunnen	22	13,393	87	287	58	1,336	47	11,769	82
Freibergen	11	3,651	13	72	99	357	21	3,220	93
Frutigen	8	3,035	85	60	15	298	—	2,677	70
Interlaken	41	48,608	69	889	10	4,842	78	42,876	81
Konolfingen	44	102,548	47	932	19	10,238	91	91,377	37
Laufen	8	948	86	18	91	94	35	835	60
Laupen	13	9,091	04	181	75	909	06	8,000	23
Münster	7	2,832	60	56	55	282	20	2,493	85
Neuenstadt	4	5,887	65	117	73	576	47	5,193	45
Nidau	19	5,158	41	103	16	509	30	4,545	95
Oberhasle	6	4,780	17	98	15	474	49	4,207	53
Pruntrut	27	15,454	95	308	98	1,528	74	13,617	23
Saanen	8	2,390	65	47	24	236	25	2,107	16
Schwarzenburg	8	1,411	67	28	20	134	64	1,248	83
Seftigen	23	21,890	92	437	68	2,183	06	19,270	18
Signau	22	17,064	65	341	10	1,704	—	15,019	55
Nieder-Simmenthal	16	21,591	28	431	57	2,158	03	19,001	68
Ober-Simmenthal	16	6,022	75	120	30	592	35	5,310	10
Thun	55	63,348	83	1,205	61	6,330	78	55,812	44
Trachselwald	32	24,580	44	490	99	2,456	63	21,632	82
Wangen	24	6,566	87	135	51	655	62	5,775	74
Allgemeine Bezugskosten . . .	—	—	—	+ 347	60	—	—	— 347	60
Total	677	861,562	18	12,888	14	85,987	11	762,686	93

D. Wasserrechtsabgabe.

Die Einnahmen nach Abschreibung der Eliminationen betrugen Fr. 133,627.85 gegen Fr. 120,000.— nach Budget und Fr. 133,143.65 im Vorjahre.

An den Fonds für Unterstützungen bei Beschädigungen oder drohenden Gefahren durch Naturereignisse wurde statt der budgetierten Fr. 12,000.— ein Betrag von Fr. 13,362.78 überwiesen. Die Zuweisungen seit Erlass des Gesetzes belaufen sich auf Fr. 115,659.93.

Bei einer Budgetsumme von Fr. 107,500.— betrug das Reinergebnis zuhanden der laufenden Verwaltung Fr. 120,240.92 gegen Fr. 119,799.04 im Vorjahr.

Ende 1917 bezifferte sich die Zahl der Konzessionen, für welche Abgabe bezahlt wurde, auf 219 und die Zahl der besteuerten Pferdekräfte auf 49,596.

E. Stempelabgabe.

	Voranschlag pro 1917	Reinerträge pro 1917	Reinerträge pro 1916
Stempelsteuer	Fr. 526,550. —	Fr. 812,210. 55	Fr. 746,748. 60
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag			Fr. 285,660. 55
Mehrertrag gegenüber dem Jahr 1916			Fr. 65,461. 95
Der Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag setzt sich aus folgenden Posten zusammen:			
Mehreinnahmen für Stempelpapier			Fr. 43,850. 55
„ „ Stempelmarken			„ 236,131. 65
„ „ Spielkartenstempel			„ 11,389. 90
Minderausgaben für Rohmaterial			„ 4. 80
			Fr. 291,376. 90
Hiervon geben ab:			
Mehrausgaben an Verkaufsprovisionen		Fr. 5,305. 65	
„ „ Bureaukosten		„ 410. 70	
			„ 5,716. 35
		Mehrertrag wie oben	Fr. 285,660. 55

Ausserordentliche Einnahmen für die Stempelung von Aktien, Obligationen etc. verzeigt die Rubrik Stempelpapier in 34 Posten Fr. 39,220.

Die Zahl der Speditionen für Stempelmaterial und Gebührenmarken belief sich im Berichtsjahre auf 7009 und die Zahl der ausgestellten Bezugs- und Zahlungsanweisungen auf 3721.

Wegen Widerhandlungen gegen das Stempelgesetz wurden im Berichtsjahre 88 Strafanzeigen durch die Verwaltung erlassen.

F. Gebühren.

	Voranschlag pro 1917	Reinerträge pro 1917	Reinerträge pro 1916
Prozentgebühren der Amtsschreiber	Fr. 500,000. —	Fr. 1,121,634. 23	Fr. 977,150. 85
Fixe Gebühren der Amtsschreiber	„ 160,000. —	„ 171,526. 30	„ 187,759. 05
Gebühren der Gerichtsschreiber und der Betreibungs- und Konkursämter	„ 400,000. —	„ 485,253. 45	„ 568,957. —
Zusammen	Fr. 1,060,000. —	Fr. 1,778,413. 98	Fr. 1,733,866. 90
Abzüglich Bezugskosten	„ 1,500. —	„ 1,362. 40	„ 1,390. 50
Bleiben	Fr. 1,058,500. —	Fr. 1,777,051. 58	Fr. 1,732,476. 40
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag			Fr. 718,551. 58
Mehrertrag gegenüber dem Jahr 1916			Fr. 44,575. 18
Am Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag partizipieren:			
Prozentgebühren der Amtsschreiber			Fr. 621,634. 23
Fixe Gebühren der Amtsschreiber			„ 11,526. 30
Gebühren der Gerichtsschreiber und der Betreibungs- und Konkursämter			„ 85,253. 45
Minderausgaben für Bezugskosten			„ 137. 60
		Mehrertrag wie oben	Fr. 718,551. 58

	Voranschlag pro 1917	Reinerträge pro 1917	
		pro 1917	pro 1916
Staatskanzlei	Fr. 40,000. —	Fr. 167,127. —	Fr. 169,173. 80
Obergericht	" 8,000. —	" 14,100. —	" 13,450. —
Verwaltungsgericht	" 600. —	" 1,350. —	" 760. —
Handelsgericht	" 6,000. —	" 18,750. —	" 13,050. —
Polizeidirektion	" 17,000. —	" 28,060. 30	" 28,375. 60
Markt- und Hansierpatente	" 60,000. —	" 65,156. 20	" 65,456. 85
Patenttaxen der Handelsreisenden	" 60,000. —	" 57,899. 50	" 58,984. —
Gebühren für Radfahrerbewilligungen	" 60,000. —	" 88,357. 50	" 77,707. 80
Gebühren der Lichtspielkontrolle	" —. —	" 5,906. 15	" —. —
Konzessionsgebühren	" 3,000. —	" 3,045. 05	" 3,084. 86
Gewerbescheingebühren	" 12,000. —	" 14,628. 40	" 14,506. 90
Handels- und Gewerbekammer	" 3,000. —	" 12,510. —	" 14,560. —
Finanzdirektion	" 100. —	" 150. —	" 150. —
Rekurskommission	" 8,000. —	" 11,266. 29	" 7,856. 90
<i>Zusammen</i>	Fr. 277,700. —	Fr. 488,306. 39	Fr. 467,116. 71
Mehrertrag gegenüber dem Jahr 1916			Fr. 21,189. 68
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag			Fr. 210,606. 39
was mit obigen			" 718,551. 58
einen Gesamtmehrertrag an Gebühren gegenüber dem Voranschlag ergibt von			Fr. 929,157. 97
Gegenüber dem Jahr 1916 ergibt sich im Total ein Mehrertrag von			Fr. 65,764. 86

Der Mehrertrag der Prozentgebühren der Amtsschreiber ist auf den Wohnungsmangel in den Städten, besonders Bern, der vermehrte Handänderungen zur Folge hatte, und auf die durch die hohen Lebensmittelpreise bedingte Nachfrage nach Kulturland in ländlichen Gegenden zurückzuführen. Über die Dauer dieser Erscheinungen lässt sich heute Bestimmtes nicht voraussagen.

Die fixen Gebühren der Amtsschreiber sind wieder zurückgegangen und bestätigen damit die Unsicherheit der derzeitigen Verhältnisse.

Der bedeutende Rückgang der Gebühren der Gerichtsschreibereien und der Betreibungs- und Konkursämter entfällt auf letztere; wir ziehen daraus den Schluss, dass im grossen und ganzen die Zahlungsfähigkeit der Bevölkerung eine bessere geworden sei. Dieser Schluss ist zwar nicht für alle Landesteile in

gleicher Weise zutreffend. Besonders in einzelnen Teilen des Oberlandes stehen die Verhältnisse noch recht ungünstig, obwohl auch dort die Zahl der Zwangsliquidationen im Abnehmen begriffen ist. Es wäre zu hoffen, dass diese Erscheinung noch ausgesprochenere Gestalt annähme; vor der Rückkehr einigermaßen normaler Verhältnisse ist damit aber nicht zu rechnen.

Der Mehrertrag der Radfahrergebühren ist wohl auf die stets schlechter werdenden Zugverbindungen zurückzuführen, die eine vermehrte Benutzung des Fahrrades begünstigen.

Zum erstenmal in der Rechnung erscheinen die Gebühren der Lichtspielkontrolle, die neu eingeführt wurden und allem Anschein nach die Kosten der Kontrolle werden zu decken vermögen.

G. Eidgenössische Kriegssteuer.

Das Personal der kantonalen Kriegssteuerverwaltung konnte neuerdings stark vermindert werden, und es bestund auf Ende des Berichtsjahres aus dem Vorsteher und einem Angestellten.

Das Personal hatte sich namentlich mit den Rekursen, mit Nachlassgesuchen, mit den Abrechnungen mit den andern Kantonen und mit Nachsteuerforderungen zu befassen.

Von den Rekursen ist der grössere Teil im Berichtsjahre entschieden worden. An die eidgenössische Rekursinstanz wurden nur sehr wenig Entscheide

weitergezogen. Einen wesentlichen Einfluss auf das Ergebnis der Kriegssteuer haben die Rekursentscheide bis jetzt nicht ausgeübt.

Nachlassgesuche wurden, soweit kleinere Steuerbeträge in Frage kommen, sozusagen ausschliesslich aus städtischen Gemeinden eingereicht, während die Gesuche um Nachlass grösserer Steuerbeträge fast ausschliesslich aus Kreisen der Fremdenindustrie herrührten. Auf die letztere Kategorie von Nachlassgesuchen wurde im allgemeinen nicht eingetreten, sondern vorläufig Stundung erteilt in der Meinung,

dass sich die Lage dieser Unternehmungen vorerst besser abklären müsse. Da die Hoffnung auf das Kriegsende im Berichtsjahre nicht in Erfüllung ging, dürfte es an der Zeit sein, diese Gesuche endgültig zu erledigen, denn es ist kaum möglich, dass sich diese Unternehmungen in absehbarer Zeit erholen können.

Aus den Nachlassgesuchen geht hervor, dass bei einer allfälligen Wiederholung der Kriegsteuer den Bestimmungen über das steuerbare Erwerbsminimum einerseits und der Behandlung der notleidenden Industrien anderseits besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss.

Wo Nachsteuerforderungen gestellt werden mussten, handelte es sich in der Regel um Steuerpflichtige, die ein Pauschalangebot eingereicht hatten. Dies kommt zur Hauptsache daher, dass sich viele dieser Steuerpflichtigen gar keine Rechenschaft darüber

gegeben haben, was sie bei Angabe einer spezifizierten Steuererklärung an Steuer hätten entrichten müssen. Vielfach wurde das Pauschalangebot einzig mit Rücksicht auf die Steuerleistung eines andern Pflichtigen gemacht, wobei die beiderseitigen Vermögens- und Erwerbsverhältnisse in Betracht gezogen wurden, ohne dass die Progression genügend beachtet wurde.

Der ordentliche Bezug der II. Rate erfolgte vom 15. September bis Ende Oktober. Die Erfahrung, dass namentlich städtische Steuerpflichtige, die Erwerbssteuern in den untersten Klassen zu entrichten hätten, ihre Leistungen nur mit Mühe erfüllen können, hat sich auch hier bestätigt. Im übrigen war der Steuereingang ein guter.

Die dem Kanton aus der Erhebung der Kriegsteuer erwachsenen Kosten belaufen sich bis Ende des Berichtsjahres auf Fr. 242,156.91. Eine wesentliche Erhöhung wird nicht mehr eintreten.

H. Eidgenössische Kriegsgewinnsteuer.

Der Bezug der Kriegsgewinnsteuer liegt dem Bund ob; dennoch verursacht derselbe der kantonalen Kriegsteuerverwaltung durch Hülfeleistungen aller Art erhebliche Arbeit.

Nach der ersten Abrechnung über die durch den Bund erfolgten Veranlagungen kommt dem Kanton für seinen Anteil von 10 % ein Betrag von Fr. 141,156.15 zu. Die zweite Abrechnung über die für Kriegsgewinne pro 1915 und 1916 bis 31. Januar 1918

bezogenen Kriegsgewinnsteuern ergibt zugunsten des Kantons einen Anteil von Fr. 429,525.44. Bis 31. Januar 1918 hat der Bund aus dem Kanton Bern an Kriegsgewinnsteuern insgesamt Fr. 5,706,816 bezogen, woran der Kanton mit Fr. 570,681.59 partizipiert. Noch nicht bezogen sind die Kriegsgewinnsteuern, welche von den Ergebnissen der im Jahre 1917 abschliessenden Geschäftsperioden zu bezahlen sind.

VI. Salzhandlung.

Der Bestand des Personals der Salzhandlung ist gleich geblieben.

Der Betrieb leidet empfindlich unter den Begleiterscheinungen des Krieges. Es kam uns dieses Jahr sehr zu statten, dass wir unsere Salzvorräte auf möglichster Höhe gehalten haben; denn seit Ende August bietet die Deckung des Bedarfes an Kochsalz wachsende Schwierigkeiten. Zu dem bereits im vorjährigen Bericht erwähnten Mangel an Güterwagen, der sich zu Zeiten noch verschärft hat, trat hinzu, dass die Salinen auch bei angestrengtestem Betriebe den an sie gestellten Anforderungen nicht mehr voll zu genügen vermochten. Dies hatte verschiedene Ursachen: Einmal, und vor allem, ist das Kohlenmaterial, das die Salinen erhalten, von geringerer Qualität, so dass bei quantitativ gleichem Kohlenverbrauch die produzierte Salzmenge um $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{3}$ unter der normalen Produktion bleibt. Dazu kommt, dass der Konsum an Kochsalz in letzter Zeit steigende Tendenz zeigt, was wohl zum Teil wenigstens auf die in einzelnen Kantonen bereits zur Tatsache gewordene, andernorts erst in Vorbereitung befindliche Preiserhöhung und die damit im Zusammenhang stehenden Versuche zur Eindeckung des Bedarfes auf längere Zeit zurückzuführen ist. Sodann hat namentlich auch die Nachfrage der Industrie nach

Salz in den letzten Jahren stark zugenommen. Dank den von den Salinen getroffenen Sparmassnahmen (namentlich Abgabe von Sole anstatt von Salz an gewisse Industrien) ist es bis jetzt noch möglich gewesen, im grossen und ganzen dem Konsum das unentbehrliche Kochsalz zuzuwenden; dabei sind aber unsere Vorräte bis Ende 1917 auf rund 12,500 Säcke zurückgegangen, und es steht zu fürchten, dass sie innert kurzem ganz erschöpft sein werden.

Von der Aufhebung der Kriegsdepots haben wir trotzdem Umgang genommen, obwohl die reduzierten Vorräte in unsern eigenen Magazinen gut Platz finden würden. Durch die Bedienung der Depots in Wagenladungen kann eine Ersparnis an Frachten und Frachtzuschlägen gemacht werden, und zudem wird so das Rollmaterial der Bahnen auf kürzere Zeit in Anspruch genommen, was volkswirtschaftlich unzweifelhaft ein Vorteil ist, wenn er sich auch nicht im Ertrage der Salzhandlung äussert.

Auch die Beschaffung des Sackmaterials bereitet den Salinen fortgesetzt bedeutende Schwierigkeiten und erheischt von uns finanzielle Opfer.

Die Knappheit des Pferdmaterials und die enorme Verteuerung der Futtermittel nötigte uns in vielen Fällen, den einlangenden Gesuchen von Salzauswägern um Erhöhung der Abfuhrentschädigung zu entsprechen.

Umsatz.**1. Kochsalz.**

Die Faktoreien haben von den Salinen bezogen 9,944,800 kg. An die Salzauswäger haben sie abgegeben:

die Faktorei Bern	2,797,350 kg
" " Biel	1,498,900 "
" " Burgdorf	2,014,400 "
" " Delsberg	1,125,000 "
" " Langenthal	1,123,600 "
" " Pruntrut	355,200 "
" " Thun	1,774,000 "

Totalverkauf 10,688,450 kg.

Im Vorjahre wurden abgegeben . . 10,288,600 "

Also Mehrverkauf im Jahre 1917 399,850 kg.

Die Kosten der Kochsalztransporte von den Faktoreien zu den Auswägerstellen beliefen sich auf Fr. 65,396. 75

An Verkaufsprovisionen und Vergütungen für Barzahlung wurde den Auswägern ausgerichtet " 126,146. 66

Fr. 191,543. 41

2. Andere Salzarten.

	Eingang kg	Ausgang kg	Mehr- ausgang kg	Weniger- als 1916 kg
Tafelsalz	10,800	10,600	1,725	—
Meersalz	10,000	12,500	—	2,950
Gewerbesalz	714,500	699,500	—	7,100
Vergoldersalz	12,400	11,800	2,100	—
Grenol	1,700	1,700	800	—
Grésil	600	800	275	—
Vacuumsalz	10,000	10,000	10,000	—
Pfannensteine	100	—	—	—
Düngmehl	20,000	20,000	20,000	—

Den Salinen wurden für sämtliche Salzbezüge bezahlt Fr. 692,454. 95.

Reinertrag.

Derselbe wurde erzeugt durch den Bruttoertrag von Fr. 989,886. 22

abzüglich:

der Betriebskosten Fr. 224,256. 72

und der Verwal-

tungskosten 24,458. 55

" 248,715. 27

so dass verbleiben Fr. 741,170. 95

Im Voranschlag waren vorgesehen " 834,670. —

somit Mindertrag gegenüber dem

Voranschlag Fr. 93,499. 05

Gegenüber dem Vorjahre hat der

Reinertrag abgenommen um . . Fr. 95,047. 37

Dieser Rückzug ist vorab zurückzuführen auf die seitens der Salinen vorgenommene Erhöhung des Salzpreises. (Die erste Erhöhung um Fr. 1 per 100 kg trat auf 1. Januar 1917 in Kraft; die zweite — Fr. 2 per 100 kg — auf 1. September 1917.) Sodann haben die Sackpreise, wie gesagt, neuerdings eine Steigerung erfahren; die Frachten haben sich durch erhöhte Frachtzuschläge vermehrt (diese Zuschläge wirken für uns immer doppelt, indem sie sowohl auf den Sendungen an die Magazine der Faktoreien, wie auch auf den Expeditionen dieser letzteren an die Salzauswäger erhoben werden), die Abfuhrschädigungen an die Salzauswäger mussten in zahlreichen Fällen erhöht werden. Alle diese Faktoren machen sich immer stärker fühlbar, indem sie in Zukunft bis zu ihrem eventuellen Wegfall jeweilen das ganze Jahr wirksam sein werden, während sie für die Vergangenheit zum Teil bloss für einen Bruchteil des Jahres in Betracht fielen. Auf Neujahr 1918 ist übrigens bereits wieder eine Erhöhung des Ankaufspreises um Fr. 2 per q eingetreten, so dass also das künftige Jahr noch einen bedeutend grössern Rückschlag aufweisen wird, wenn derselbe nicht durch Erhöhung des Verkaufspreises für das Kochsalz wenigstens zum Teil ausgeglichen werden kann. Für die Spezialsalze ist diese Preiserhöhung bereits in Kraft gesetzt worden.

Der Umsatz an Kochsalz hat neuerdings zugenommen. Ob dabei das Bestreben der Versorgung mit diesem Bedarfsartikel vor der wahrscheinlichen Preiserhöhung eine wesentliche Rolle gespielt hat, vermögen wir nicht zu beurteilen; in der jüngsten Zeit ist dies kaum der Fall, da das Salz gewissermassen rationiert wurde durch Beschränkung der Lieferungen an die Salzauswäger auf die Bezüge in den entsprechenden Monaten des Vorjahres.

Der Rückgang im Gewerbesalzkonsum (rund 1 %) ist nicht bedeutend; er ist wahrscheinlich einzig die Folge einer etwas verzögerten Lieferung seitens der Salinen.

Die Nachfrage nach Badesalz hat den Höhepunkt überschritten und ist relativ bedeutend zurückgegangen; immerhin war auch im Berichtsjahre der Umsatz immer noch über normal.

Alle übrigen Spezialsalze weisen vermehrten Umsatz auf. Neu eingeführt wurde das Vacuumsalz für das sogenannte Permutitverfahren (Enthärtung von Wasser). Ein kleiner Posten Pfannensteine wurden für die Anlage einer Salzlecke für Hochwild bezogen und an einen Wildhüter zu den Selbstkosten abgegeben. Während des Krieges vermitteln wir nun auch das „Düngmehl“, das zur Hälfte aus Salz, zur andern Hälfte aus Kalk besteht; unsere Intervention bezweckt hier eigentlich bloss die Sicherstellung der Nichtausfuhr der mitgelieferten Säcke. Dementsprechend begnügen wir uns auch mit einer bescheidenen Verkaufsprovision.

VII. Domänenverwaltung.

	Erdreich			Grundsteuerschätzung		
	ha	a	m ²	Fr.	Rp.	
Der Bestand der Staatsdomänen betrug laut letztem Bericht	2987	33	64.5	44,848,856.	80	
Die Ankäufe in 1917 betrugen		30	65	53,190.	—	
Zuwachs durch Berichtigungen (namentlich Landorf, neue Schweinescheune, Fr. 17,500; Obergerichtsgebäude, Flügelanbau Fr. 194,000 und damit in Verbindung: Hörschätzung des Bauplatzes Fr. 155,900; Fraubrunnen, Schlossdomäne Fr. 17,900; Trachselwald, Anstaltsdomäne Fr. 11,380 etc. etc.)				445,080.	—	
	2987	64	29.5	45,347,126.	80	
	Erdreich			Grundsteuerschätzung		
	ha	a	m ²	Fr.	Rp.	
Verkäufe in 1917, ohne Seegrund	—	57	13	2,260.	—	
Verminderung durch Berichtigungen (Übertragung des Stockern- und Äbnitwaldes in die Verwaltung der Forstdirektion Fr. 10,920; Gebäudeabbruch in sonnig Landorf infolge der ausgeführten Neubauten Fr. 5400; Abschreibung eines Waghäuschens bei den Militäranstalten, weil dem Bunde gehörend, Fr. 600)	5	98	15	16,920.	—	
		6	55	28	19,180.	—
Bestand auf 31. Dezember 1917	2981	09	01.5	45,327,946.	80	

Der Wert der Domänen wird weiterhin mit einem um 10 Millionen Franken unter der Grundsteuerschätzung stehenden Betrag, also mit Fr. 35,327,946. 80 in Rechnung gestellt.

Der Reinertrag der Domänen belief sich im Berichtsjahre auf . Fr. 1,383,218. 65
Im Voranschlag war derselbe eingestellt mit „ 1,339,300. —
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag Fr. 43,918. 65

Gegenüber dem Jahre 1916 ergibt sich ein Mehrertrag von Fr. 41,355. Dieser ergibt sich aus höhern Erträgen (rund Fr. 38,900), niedrigeren Wirtschaftskosten (rund Fr. 6,500) einerseits und höhern Beschwerden (rund Fr. 4,000) andererseits.

Am Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag partizipieren hauptsächlich die Rubriken A 1, Mietzinse von Zivildomänen (rund Fr. 35,000) und A 2, Pachtzinse von Pfrunddomänen (rund Fr. 600), während der Erlös aus Produkten, Rubrik A 6, um Fr. 97 hinter dem Voranschlag zurückbleibt, was darauf zurückzuführen ist, dass die Kosten der Bestellung der Pfrundrebe in Ins von zwei Jahren zur Verrechnung gelangt sind, andererseits aber der Ertrag dieser Reben ein ganz unbefriedigender ist. — Die Mehrerträge an Miet- und Pachtzinsen verteilen sich auf eine ganze Anzahl von Mietern und Pächtern; in der Hauptsache rühren sie her vom Ankauf der beiden Häuser an der Speichergasse in Bern und des

Rothausgutes, für welche Objekte die Zinsen erstmals im Berichtsjahre zur Verrechnung kamen. — Bei den Wirtschaftskosten ist hervorzuheben, dass für Brandversicherungskosten (Rubrik B 5) nahezu Fr. 7,000 weniger ausgegeben werden mussten als im Vorjahre (bei unverändertem Kredit), trotzdem die Brandversicherungssummen eine bedeutende Zunahme aufweisen. Es ist dies darauf zurückzuführen, dass der Beitragssatz in weitaus den meisten Gemeinden niedriger war als im Vorjahre. — Unter Beschwerden musste der Kredit C. 3, Wasser- und Lichtmietzinse, um Fr. 17. 24 überschritten werden. Wir führen dies darauf zurück, dass wir im verflossenen Jahre das Lichtabonnement für Zugänge und Treppenhäuser der beiden Gebäude an der Speichergasse in Bern zu Lasten dieser Rubrik zu übernehmen hatten. Im totalen bewegten sich die Ausgaben für Beschwerden innerhalb des Budgets.

Der Reinertrag von Fr. 1,383,218. 65 entspricht einer Verzinsung des Grundsteuerschätzungswertes von 3.05 ‰, was gegenüber dem Vorjahre eine Verbesserung um 0.06 ‰ bedeutet, d. h. gleich viel wie letztes Jahr der Rückgang gegenüber 1916 betragen hatte.

Über die im letzten Bericht erwähnten Bodenverbesserungsunternehmen auf Staatsdomänen konnte im Berichtsjahre noch nicht definitiv abgerechnet werden. Wir werden hierüber nach Beendigung der Arbeiten und erfolgter Abrechnung weiter Bericht erstatten.

Vom Regierungsrat genehmigt am 19. Juni 1918.

Test. Der Stellvertreter des Staatsschreibers: G. Kurz.